

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)	

Pfandringe für Müllbehälter

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat in Ihrer Sitzung am 16.12.2013 auf Antrag der SPD-Fraktion (AN/1487/2013) einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Stadtverwaltung, mit der AWB kurzfristig ge-eignete Maßnahmen zu ergreifen, um dem Problem der zerbrochenen (Pfand-)Flaschen im öffentlichen Raum Herr zu werden.

Insbesondere sollen sogenannte „Pfandringe“ – ggf. zunächst zur Erprobung – zum Einsatz kommen. Ein mit einem Bundespreis für Ecodesign ausgezeichnetes Modell wurde an der Hochschule Ecosign mit Sitz Ehrenfeld von Paul Ketz entwickelt und bereits im Dezember 2012 mit Unterstützung durch die AWB in Ehrenfeld vorgestellt.

Als Pilotgebiet bietet sich aus Sicht der Bezirksvertretung der Ehrenfeldgürtel zwischen Subbelrather- und Vogelsanger Straße, sowie die Straßenzüge rund um das Heliosgelände incl. S-Bahnhof und die Lichtstraße an, wobei auch Erfahrungen der AWB berücksichtigt werden sollen.

Nach einem Erfahrungszeitraum, der sich sinnvoller Weise über die Sommermonate 2014 erstrecken sollte, sollen die Erfahrungen in der BV-Ehrenfeld vorgestellt und bei Erfolg eine sinnvolle Ausweitung erfolgen.

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hatte sich bereits in seiner Sitzung vom 14.05.2012 mit dem Thema befasst und sich gegen die Anbringung von Pfandringen an Papierkörben ausgesprochen. Der Beschluss ist hier zur Kenntnis beigelegt.

Im Beschluss der BV Ehrenfeld wird erwähnt, dass der Pfandring mit Unterstützung der AWB vorgestellt worden sei. Dies wird von der AWB lediglich in der Art bestätigt, dass seitens der AWB die Prämiierung des Kreativwettbewerbs der Hochschule Ecosign gesponsert wurde.

Auch wenn sich der Beschluss der BV 4 (zunächst) auf die Durchführung eines Pilotprojektes beschränkt, geht die Bedeutung der beschlossenen Maßnahme deutlich über bezirkliche Belange hinaus.

Nach § 2 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln entscheiden die Bezirksvertretungen in allen Angelegenheiten, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Stadtbezirk hinausgeht. Der gefasste Beschluss erfüllt diese Voraussetzung nicht, da er sich letztlich auf das gesamte Stadtgebiet bezieht. Abgesehen davon wird auch keine Finanzierung für eine solche Maßnahme angeboten. Weder im Haushalt, noch im Gebührenhaushalt sind Mittel für derartige Maßnahmen vorhanden.

Die AWB vertreten gemeinsam mit der Verwaltung die Meinung, dass Pfandringe weder praxistauglich noch wirtschaftlich sind. Auch ein Pilotprojekt wird daher für nicht sinnvoll gehalten.